

- Dem Leiden der Opfer der SED-Diktatur, die ihren Widerstand und ihre Opposition mit dem Leben oder mit langjährigen Freiheitsstrafen bezahlen mußten, ist durch äußere Zeichen – Erinnerungs- oder Gedenktafeln, Gedenksteine – Genugtuung zu verschaffen. Das System der politischen Verfolgung in der SBZ/DDR muß an dafür geeigneten zentralen Orten dokumentiert und darüber hinaus der Öffentlichkeit vermittelt werden. Die Tatsache, daß es Tatorte nationalsozialistischen und kommunistischen Terrors gibt (z. B. Sachsenhausen, Buchenwald, Bautzen, Brandenburg, Gedenkstätte Münchner Platz in Dresden) sollte keine „Aufrechnung“ oder Gleichsetzung auslösen. Es muß daran erinnert werden, daß unter den Opfern des kommunistischen Terrors auch Verfolgte des Nationalsozialismus waren.
- Zu einer Stätte des Gedenkens an die Opfer politischer Verfolgung von 1945 bis 1989, die von herausgehobener Bedeutung ist, sollte die frühere Zentrale Untersuchungshaftanstalt der sowjetischen und der DDR-Geheimpolizei in Berlin-Hohenschönhausen genutzt werden.
- Die Enquete-Kommission empfiehlt, Gedenkstätten von gesamtstaatlicher Bedeutung durch Bund und Länder zu fördern.
- Die politische Bildungsarbeit ist in allen Teilen der Bundesrepublik zu intensivieren, u. a. auch durch „erlebte Geschichte vor Ort“ und deshalb durch Besuche der Mahn- und Gedenkstätten in den neuen Ländern und in Berlin zu ergänzen.
- Audiovisuelle Medien sollten sich verstärkt dem Bereich der jüngsten deutschen Geschichte widmen. Denkbar wäre z. B. die Realisierung von Filmprojekten, die Fälle von SED-Unrecht populärwissenschaftlich darstellen. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob die derzeit geltenden Filmförderrichtlinien ergänzt werden müßten.

IV. *Archive zur Erforschung der DDR-Geschichte*

1. Aufgaben der Arbeitsgruppe „Archive“
2. Schwerpunkte der Tätigkeit
 - 2.1. Sicherung, Neuordnung und Öffnung ehemaliger DDR-Archive
 - 2.1.1. Zentrale staatliche Überlieferungen
 - 2.1.2. Zentrale Überlieferungen der Parteien und Massenorganisationen
Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD, des Mitglieds der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen sowie der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Mitter und Weber
 - 2.1.3. Regionale Überlieferungen
 - 2.1.4. Lokale Überlieferungen
 - 2.1.5. Einzelprobleme
 - 2.2. Aufarbeiten von Unterlagen- und Aktenvernichtung

- 2.2.1. Unterlagenvernichtung im zentralen Parteiapparat der SED
- 2.2.2. Unterlagen- und Aktenvernichtung im MfS/AfNS
- 2.2.3. Unterlagen- und Aktenvernichtung in anderen zentralen staatlichen Behörden
Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Weber
dazu Stellungnahme
- 2.3. Der Zugang zu den russischen Archiven
 - 2.3.1. Die Bedeutung der russischen Archive
 - 2.3.2. Ergebnisse einer Informationsreise nach Moskau
3. Bedeutung und Wert der DDR-Quellen
Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD, des Mitglieds der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen sowie der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Mitter und Weber
4. Handlungsempfehlungen
Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD, des Mitglieds der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen sowie der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Mitter und Weber

1. *Aufgaben der Arbeitsgruppe „Archive“*

Gemäß ihrem Auftrag, die Voraussetzungen der wissenschaftlichen Aufarbeitung der SBZ/DDR-Vergangenheit zu verbessern sowie zu Erhalt, Sicherung und Öffnung der einschlägigen Archive beizutragen, setzte die Enquete-Kommission zu Beginn ihrer Tätigkeit eine spezielle Arbeitsgruppe „Archive“ ein. Ihr wurde aufgegeben,

- Kontakt mit den Verwaltungen der relevanten Archive – insbesondere für die zentrale Ebene der DDR-Staatsverwaltung, der SED, der sog. Blockparteien und der Massenorganisationen – aufzunehmen,
- Sachstandsberichte über die Übergabe der Bestände nach dem November 1989 an die betreffenden Archivverwaltungen sowie die Erkenntnisse über Unterlagen- und Aktenvernichtung 1989/90 einzuholen und
- den Zustand dieser Archive – insbesondere hinsichtlich der überlieferten Aktenstruktur, der Aktenart und des Grades der archivfachlichen Bearbeitung der Akten – zu ermitteln.

2. *Schwerpunkte der Tätigkeit*

Bei der Bewältigung dieser Aufgaben konzentrierte sich die Arbeitsgruppe auf drei, im folgenden näher beschriebene Tätigkeitsschwerpunkte. Sie konnte sich dabei auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv und mit der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes

der ehemaligen DDR stützen. Vertreter beider Institutionen waren wiederholt zum Informationsaustausch zu den Sitzungen der Enquete-Kommission eingeladen und haben zu bestimmten Problemen Stellung genommen bzw. Auskunft erteilt.

2.1. *Sicherung, Neuordnung und Öffnung ehemaliger DDR-Archive**

Das Sichern und Sichten des Archivguts der gesamten früheren DDR stellt sowohl für die politische Aufarbeitung als auch für die wissenschaftliche Erforschung der DDR-Vergangenheit eine unerläßliche Voraussetzung dar. Angesichts der politischen Umwälzungen in Osteuropa und in der DDR haben deshalb Archivare und Wissenschaftler schon frühzeitig darauf hingewiesen, daß mit der Auflösung und Umstrukturierung von staatlichen Behörden, politischen Parteien, wissenschaftlichen Instituten, Betrieben und anderen Einrichtungen auch die Überlieferung ihres Archiv- und Schriftgutes gefährdet ist. Weil in der DDR, wie auch in den anderen von der Sowjetunion dominierten Staaten, die Geschichtsschreibung über Jahrzehnte hinweg eine Legitimationswissenschaft gewesen ist, die überlieferte Quellen nicht frei und kritisch auswerten konnte, sondern in erster Linie die Herrschaft der kommunistischen Partei rechtfertigte, waren die Verhältnisse in den Archiven 1989/90 selbst für Fachleute unklar und nur schwer überschaubar. Mit der deutschen Vereinigung wurden im Oktober 1990 wichtige Voraussetzungen für eine rechtsstaatliche Neuordnung der früheren DDR-Archive und die Vereinheitlichung des nunmehr gesamtdeutschen Archivwesens geschaffen, doch standen zunächst noch zahlreiche Probleme der ungehinderten Nutzung der Archivalien für Forschung und Aufarbeitung entgegen. Die Enquete-Kommission sah eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, an der Behebung dieser Probleme mitzuwirken.

2.1.1. *Zentrale staatliche Überlieferungen*

Mit dem Einigungsvertrag vom 23. September 1990 wurde der Geltungsbereich des Bundesarchivgesetzes vom 6. Januar 1988 ausdrücklich auf alle Unterlagen ausgedehnt, die „bei Stellen der Deutschen Demokratischen Republik erwachsen oder in deren Eigentum übergegangen oder diesen zur Nutzung überlassen worden sind“ (vgl. § 2 Abs. 8). Damit wurde nicht nur die rechtliche Grundlage für die Erfassung, Sicherung und Übernahme aller zentralen staatlichen Überlieferungen der DDR durch das Bundesarchiv geschaffen, sondern

* Über die Situation der früheren DDR-Archive informierte Hermann Weber regelmäßig im „Deutschlandarchiv“ (Heft 5/1991, Heft 6/1992) und in „Der Archivar“ (Heft 1/1993). Über „Die aktuelle Situation in den Archiven für die Erforschung der DDR-Geschichte“ berichtet er in Heft 7/1994 des „Deutschlandarchivs“. – Adressen und grobe Bestandsübersichten wichtiger deutscher Archive können dem Anhang entnommen werden.

zugleich auch – entsprechend dem föderativen Grundgedanken des Bundesarchivgesetzes – die Mitverantwortung der fünf neu entstehenden Länder für die Sicherung und Erhaltung des staatlichen Schriftgutes der regionalen und lokalen Ebene festgeschrieben. Nur in Zusammenarbeit der Staatsarchive der Länder mit dem Bundesarchiv konnten die zahlreichen organisatorischen Probleme, die sich aus der staatlichen Einigung für das Archivwesen ergaben, bis heute zu einem beachtlichen Teil gelöst werden.

Von der Zuständigkeit des Bundesarchivs ausdrücklich ausgenommen wurde in der Schlußphase der Verhandlungen zum Einigungsvertrag die schriftliche Hinterlassenschaft des Ministeriums für Staatssicherheit. Sie obliegt heute – entsprechend einer von der Bürgerbewegung und der freigewählten Volkskammer getragenen Forderung – dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Die Enquete-Kommission hat es sehr begrüßt, daß mit dem am 20. Dezember 1991 vom Deutschen Bundestag verabschiedeten „Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“ (StUG) die Einsichtnahme der Betroffenen in die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR sowie deren wissenschaftliche Nutzung ermöglicht wurde. Die bisherigen Erfahrungen mit dem StUG haben – bei allen teilweise unerfreulichen Begleiterscheinungen in der öffentlichen Diskussion um die „Inoffiziellen Mitarbeiter“ – gezeigt, daß es notwendig und richtig war, die Unterlagen des MfS zur Einsichtnahme freizugeben. Vor allem im Interesse der zahlreichen Opfer des Staatssicherheitsdienstes, die noch längst nicht alle ihr Recht auf Einsicht in und Auskunft über die sie betreffenden Akten des MfS wahrnehmen konnten, aber auch im Interesse einer gesellschaftlich notwendigen historischen Aufarbeitung der Herrschaftsstrukturen des SED-Regimes spricht sich die Enquete-Kommission gegen eine Abkehr von dem bewährten Stasi-Unterlagen-Gesetz aus.

Es sollte jedoch immer wieder betont werden, daß es bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit nicht nur um die Akten des Staatssicherheitsdienstes gehen kann. Die Enquete-Kommission hat sich deshalb mit Nachdruck dafür eingesetzt, daß auch die Akten anderer zentraler DDR-Behörden für die wissenschaftliche Nutzung möglichst weitgehend zugänglich gemacht wurden. Da es die rechtlichen Grundlagen dem Bundesarchiv erlauben, auf die Anwendung der 30-Jahre-Sperrfrist zu verzichten, sind auch in diesem Bereich heute in der Regel gute Voraussetzungen für Aufarbeitung und Forschung gegeben. Von Nachteil ist es, daß die Überlieferung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR, die mit der deutschen Vereinigung in die Zuständigkeit des Politischen Archivs im Auswärtigen Amt übergang, bisher nicht zugänglich gemacht werden konnte. Mit Schreiben vom 19. Mai 1994 teilte der Bundesminister des Auswärtigen jedoch mit, die Akten des MfAA seien nach umfangreichen archivalischen Vorarbeiten zugänglich geworden. Das Auswärtige Amt bemühe sich um die rasche Abhilfe noch

bestehender organisatorischer Probleme. Damit sei die Benutzung der Akten – unter Beachtung der Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes einschließlich der 30-Jahre-Sperrfrist – jedermann möglich.

Ein generelles Problem für die Nutzung der überlieferten Unterlagen- und Aktenbestände, die teilweise in völlig ungeordnetem Zustand übernommen wurden, liegt nach wie vor in ihrer ungenügenden archivfachlichen Erschließung. So sind z. B. die in der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes lagernden Sachakten – zu denken ist hier an Lageberichte, Strukturpläne und anderes mehr – noch weitgehend unerschlossen und können demzufolge kaum für Forschungszwecke genutzt werden. Auch für das Bundesarchiv bringen die notwendigen, außerordentlich zeit- und personalaufwendigen Erschließungsarbeiten zahlreiche Schwierigkeiten mit sich. Diese können letztlich nur durch die Bereitstellung ausreichender Haushaltsmittel überwunden werden.

2.1.2. *Zentrale Überlieferungen der Parteien und Massenorganisationen*

Die zentralen Überlieferungen der SED, der sog. Blockparteien und der gesellschaftlichen Massenorganisationen sind inzwischen zum größten Teil von der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“ in Berlin übernommen worden. Die mit der Novellierung des Bundesarchivgesetzes vom 13. März 1992 ermöglichte Gründung dieser unselbständigen Stiftung des öffentlichen Rechts, für deren Archivalien die 30-Jahre-Sperrfrist generell aufgehoben wurde, stellt aus der Sicht der Enquete-Kommission einen Kompromiß zwischen der ursprünglich erhobenen Forderung nach „Verstaatlichung“ der betreffenden Unterlagen einerseits und der Forderung nach ihrer Zuordnung zu einem neu zu gründenden unabhängigen Forschungsinstitut andererseits dar. Den Aufbau der Stiftung haben insbesondere sachverständige Mitglieder der Enquete-Kommission, die teilweise zugleich auch Mitglieder des Kuratoriums der Stiftung sind, seit der Gründung mit begleitet. Wiederholt hat sich die Enquete-Kommission auch als Vermittlerin in den teilweise recht schwierigen Verhandlungen um die Einbringungsverträge mit den Eigentümern des Archivgutes betätigt.

Die erste Konsolidierungsphase der Stiftung kann heute als abgeschlossen angesehen werden. Die Überlieferungen der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD), der Christlich-Demokratischen Union (Ost-CDU) und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) werden allerdings nicht von der Stiftung, sondern im Rahmen der gesetzlichen Regelungen vom Archiv des Deutschen Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach bzw. vom Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin verwaltet. Genau wie für die Bestände der Stiftung wurde jedoch für diese Überlieferungen ebenfalls die

30-Jahre-Sperrfrist aufgehoben. Unbeschadet einer im Interesse aller Seiten wünschenswerten Klärung noch bestehender gegensätzlicher Auffassungen spricht – gerade auch auf Grund nunmehr dreijähriger Erfahrungen – nichts gegen eine Beibehaltung vor allem der bestehenden räumlichen Zuordnung dieser Bestände. Das Bundesarchiv ist aufgefordert, die in seiner Obhut in Potsdam befindlichen Überlieferungen der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) aufzuarbeiten und der Forschung zur Verfügung zu stellen.

Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD, des Mitglieds der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen sowie der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Mitter und Weber zu vorstehendem Absatz:

„Die erste Konsolidierungsphase der Stiftung kann heute als abgeschlossen angesehen werden, auch wenn die Überlieferungen der LDPD, der Ost-CDU und der DBD bisher noch nicht in die Stiftung überführt wurden, wo ihr Platz sein muß. Genau wie für die Bestände der Stiftung Archiv wurde jedoch für diese Überlieferungen ebenfalls die 30-Jahre-Sperrfrist weitgehend aufgehoben.“

Für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte ist die Überlieferung der SED innerhalb der Stiftung von herausragender Bedeutung. Schon im August 1992, kurze Zeit nachdem die Enquete-Kommission ihre Arbeit aufgenommen hatte, führte die Arbeitsgruppe deshalb mit der Leitung des damals noch von der PDS verwalteten Zentralen Parteiarchivs (ZPA) der SED, Frau Dr. Inge Pardon und Herrn Lothar Hornbogen, ein ausführliches Informationsgespräch. Die Leitung des früheren ZPA war leider nicht bereit, der Veröffentlichung des Gesprächsprotokolls vom 28. August 1992, das unter dem Titel „Wie war das mit den SED-Archiven vor 1989?“ schriftlich vorliegt, zuzustimmen.

Bei diesem Gespräch wurde deutlich, daß zu DDR-Zeiten neben dem Zentralen Parteiarchiv – einer Abteilung des Instituts für Marxismus-Leninismus – ein „internes Archiv“ der Parteiführung existierte und außerdem zahlreiche wichtige Unterlagen über Jahre in den einzelnen Büros der Politbüromitglieder, der Sekretäre und der Abteilungsleiter des Zentralkomitees verblieben, obwohl es für die Ablieferung der Unterlagen aus dem laufenden Geschäftsgang des Parteiapparates an die Altregistratur des Zentralkomitees seit 1963 detaillierte, durch einen Politbürobeschluß verbindlich vorgeschriebene „Arbeitsrichtlinien für die Parteiarchive der SED“ gab. Diese fanden jedoch in vielen Fällen keine Anwendung. Politisch besonders wichtige Unterlagen, insbesondere die des Politbüros, wurden an das „interne Archiv“ der Parteiführung abgegeben, andere Unterlagen blieben oft jahrelang in der Verfügungsgewalt einzelner Funktionäre, gelangten aber nicht über die Altregistratur auf dem offiziell vorgesehenen Weg in das Zentrale Parteiarchiv. Dessen SED-Bestände, aufgebaut nach einem verbindlichen „Einheitsaktenplan“, weisen deshalb heute nicht nur infolge gezielter Unterlagenvernichtung aus den Jahren

1989/90, sondern auch infolge unvollständiger Abgabe aus dem laufenden Geschäftsgang erhebliche Lücken auf.

2.1.3. Regionale Überlieferungen

Auch auf Länderebene ist die Neuordnung der früheren DDR-Archive ein gutes Stück vorangekommen. In Thüringen und Sachsen sind inzwischen Landesarchivgesetze verabschiedet worden, die in Anlehnung an das geänderte Bundesarchivgesetz und die geltenden Nutzungsregelungen für die „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ in der Regel auf die Anwendung der 30-Jahre-Sperrfrist verzichten. Schon vor geraumer Zeit sind – parallel zur Überführung der zentralen staatlichen Akten in das Bundesarchiv – die regionalen staatlichen Akten durch die jeweils zuständigen Archive der neuen Bundesländer übernommen worden. Auch die Überlieferungen der SED aus den Jahren 1945 bis zur Auflösung der Länder 1952 sind in die Landeshaupt- bzw. Hauptstaatsarchive in Dresden, Weimar, Magdeburg, Potsdam und Schwerin eingegangen.

Langwieriger und komplizierter als die Übernahme der staatlichen Akten waren die Verhandlungen zwischen der PDS und den Ländern über den Verbleib der einzelnen SED-Bezirksparteiarchive. Im Laufe der Jahre 1992 und 1993 konnten jedoch in Sachsen (17. 12. 1992), Sachsen-Anhalt (28. 12. 1992), Mecklenburg-Vorpommern (11. 5. 1993) und Thüringen (8. 6. 1993) entsprechende Einbringungsverträge unterzeichnet werden, denen zufolge die früheren SED-Bezirksparteiarchive in die Landesarchive überführt wurden. Lediglich über den Verbleib des Berliner SED-Bezirksparteiarchivs konnte bisher noch keine Einigung erzielt werden. Die Enquete-Kommission, die berechnete Eigentumsansprüche des Landes Berlin an diesem Archiv in keiner Weise in Frage stellen will, hat sich wiederholt dafür ausgesprochen, es wegen seiner zentralen Bedeutung für die Geschichte der gesamten DDR auch weiterhin – zumindest für eine Übergangszeit – an seinem jetzigen Standort, der Stiftung Archiv zu belassen. Nur hier können seine Bestände in direktem Vergleich mit der zentralen Überlieferung der SED erforscht und ausgewertet werden. Leider konnten die von den Ländern übernommenen Bezirksparteiarchive der SED nicht – wie von der Enquete-Kommission im Interesse einer erleichterten wissenschaftlichen Nutzung befürwortet – jeweils an einem zentralen Ort des betreffenden Bundeslandes zusammengeführt werden, sondern wurden – ebenso wie die staatlichen Bezirksakten – auf verschiedene Standorte aufgeteilt.

Zum großen Teil sind die Bestände der früheren SED-Bezirksparteiarchive, die neben den Überlieferungen der SED-Bezirksleitungen (seit 1952) teilweise auch die der Kreis- und Stadtparteileitungen (seit 1946) sowie die der Gebiets-, Hochschul- und Betriebsparteileitungen (oft erst seit Mitte der fünfziger Jahre)

umfassen, schon vor 1989/90 verhältnismäßig gut erschlossen worden; sie sind deshalb heute in der Regel benutzbar. Ausnahmen hiervon bestehen jedoch in Einzelfällen, wie z. B. in Mecklenburg-Vorpommern, wo etwa ein Drittel der Bestände in schlecht oder gar nicht erschlossenem Zustand übernommen wurden, außerdem bei dem zur Zeit im Umzug befindlichen Staatsarchiv Chemnitz und bei den in völlig desolatem Zustand übernommenen Archivalien der Universitätsparteileitung Jena. Ein generelles Problem stellen für die Archive und ihre Benutzer die noch weitgehend unerschlossenen, aus dem laufenden Geschäftsgang übernommenen Unterlagen der späten achtziger Jahre und das oft vernachlässigte Sammlungsgut dar.

2.1.4. *Lokale Überlieferungen*

Insgesamt sehr unübersichtlich ist zur Zeit noch die Lage der lokalen Archive, die für Untersuchungen zum politischen und gesellschaftlichen Leben auf Kreis- und Ortsebene von großer Bedeutung sind. Gerade die sozialgeschichtliche Erforschung der DDR, die in weiten Bereichen noch in den Anfängen steckt, ist in besonderem Maße auf die lokalen Archive angewiesen. Um so mißlicher ist deshalb, daß oft selbst der Verbleib lokaler SED-Parteiakten bisher nicht geklärt werden konnte. Teils sind z. B. die Unterlagen der SED-Kreisleitungen und -Grundorganisationen – wie bereits erwähnt – in den Beständen der früheren SED-Bezirksparteiarchive zu finden, teils lagern sie in Kreis-, Stadt- oder Gemeindearchiven. Es fehlt zur Zeit auch noch der Überblick darüber, welche Überlieferungen tatsächlich in den Kreis- und Stadtarchiven vorhanden sind. In den meisten Fällen existieren zwar die Sitzungsprotokolle der Räte von Kreisen und Städten, andere Unterlagen, etwa die der gesellschaftlichen Organisationen, sind jedoch in den einzelnen Archiven in höchst unterschiedlicher Quantität und Qualität zu finden. Genauso unterschiedlich ist auf der lokalen Ebene auch der Grad der Erschließung und Bearbeitung der Akten. Viele Kreise, Städte und Gemeinden stehen vor so enormen finanziellen Schwierigkeiten, daß sie die Aufbereitung der oft jahrzehntelang vernachlässigten örtlichen Archive notgedrungen zurückstellen müssen. Nur in Ausnahmefällen konnten inzwischen neue Stadtarchive eingerichtet und mit entsprechendem Personal ausgestattet werden.

Ein besonderes Problem auf der lokalen Ebene stellen die Archive früherer „volkseigener“ Betriebe und Kombinate dar. Während diese Betriebe zu DDR-Zeiten ihre Unterlagen regelmäßig an die zuständigen Staatsarchive abliefern mußten, gilt das für die heute privatisierten Unternehmen nicht mehr. Die zum Zeitpunkt der Privatisierung noch im Geschäftsgang befindlichen – ebenso wie die entgegen den Bestimmungen nicht abgelieferten – Unterlagen der ehemals staatlichen Betriebe sind infolgedessen heute in privater Hand und damit nicht

nur von gewachsenen Überlieferungen in den staatlichen Archiven getrennt, sondern generell der öffentlich-rechtlichen Archivgesetzgebung entzogen – ein Zustand, der sich auf die Forschung außerordentlich negativ auswirken könnte. Die Unterlagen der zahlreichen liquidierten Unternehmen wurden in speziellen von der Treuhandanstalt verwalteten Aktendepots gesammelt und damit zunächst notdürftig gesichert. Angesichts der bevorstehenden Auflösung der Treuhandanstalt sollten diese Unterlagen an die jeweils zuständigen öffentlichen Archive übergeben werden.

Vor allem die Länder sind aufgefordert, die Situation der lokalen Archive insgesamt zu verbessern. Sollen drohende Archivschließungen verhindert werden, gilt es, notwendige Umstrukturierungs- und Reorganisationsarbeiten zügig voranzutreiben sowie Raum- und Personalprobleme zu lösen.

2.1.5. *Einzelprobleme*

Über die Mitwirkung an der grundsätzlichen Neuordnung der früheren DDR-Archive hinaus ist die Enquete-Kommission auch sonst in Archivangelegenheiten tätig geworden. Durch zahlreiche Zuschriften und in Gesprächen ist sie immer wieder auf konkrete Mißstände aufmerksam gemacht worden. Sie hat in diesen Fällen – etwa wenn es darum ging, Schriftgut vor drohender Vernichtung zu bewahren oder historisch gewachsene Bestände zusammenzuhalten – ihre Aufgabe darin gesehen, das Bundesarchiv, das Bundesministerium des Innern, die Treuhandanstalt oder andere zuständige Adressaten zu informieren und auf die bestehenden Probleme hinzuweisen. Auf diese Weise gelang es z. B. in einem Fall, die Treuhandanstalt zu einer Änderung ihrer „Arbeitsanweisung zur Archivierung von Schriftgut liquidierten Unternehmen“ zu veranlassen, so daß Unterlagen über die Betriebsparteiorganisationen der SED sowie über betriebliche Aktivitäten des FDGB und anderer Massenorganisationen zunächst weiterhin aufbewahrt und nicht – wie ursprünglich vorgesehen – vernichtet werden dürfen. In einem anderen Fall wurde das Bundesministerium des Innern auf die Bedeutung des „Archivs Bürgerbewegung“ in Leipzig aufmerksam gemacht, das seit 1991 nicht nur Materialien der DDR-Opposition und der Bürgerbewegung sammelt, erschließt und archiviert, sondern auch ein öffentliches, von der Initiative einzelner Bürger getragenes Forum für die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit darstellt. Es bleibt zu hoffen, daß dem „Archiv Bürgerbewegung“, welches zeitweise vor großen finanziellen und personellen Schwierigkeiten stand, in dem geplanten „Ausstellungs-, Informations- und Dokumentationszentrum zur deutschen Einheit“ in Leipzig langfristig ein institutionell abgesicherter Kooperationspartner erwächst.

2.2. *Aufarbeiten von Unterlagen- und Aktenvernichtung*

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt der Arbeitsgruppe bestand darin, sich einen Überblick über die Vernichtung von Unterlagen (nicht archiviertes Schriftgut) und Akten (archiviertes Schriftgut) im Zuge der friedlichen Revolution von 1989/90 zu verschaffen. Bereits im Juni 1992 hat die Enquete-Kommission auf dieses wichtige Thema öffentlich aufmerksam gemacht und die Staatsanwaltschaften dazu aufgefordert, unbefugte Unterlagen- und Aktenvernichtung als schwerwiegende Behinderung der Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur nachdrücklich zu verfolgen und zur Anklage zu bringen.

Die von der Kommission zum Thema Unterlagen- und Aktenvernichtung erbetenen Sachstandsberichte des Bundesarchivs und der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR sowie das von der Arbeitsgruppe mit der Leitung des früheren Zentralen Parteiarchivs der SED geführte Informationsgespräch machen deutlich, daß das tatsächliche Ausmaß dieser Vernichtungsvorgänge sehr wahrscheinlich erst im Zuge der endarchivalischen Erschließung und intensiven Bearbeitung der DDR-Bestände zu Tage treten wird. Abgesehen von dem Problem, Überlieferungslücken überhaupt definitiv feststellen zu können, wird eine besondere Schwierigkeit darin liegen, im Einzelfall zu unterscheiden, ob offenkundige Bestandslücken auf nicht ordnungsgemäße Ablieferung aus dem laufenden Geschäftsgang zurückgehen, ob die heute fehlenden Unterlagen im Zuge der politischen Umwälzungen 1989/90 unbeabsichtigt verloren gingen oder von den zuständigen Verantwortungsträgern gezielt vernichtet wurden oder ob sie – etwa infolge unzulässiger „Privatisierung“ – als „vagabundierend“ gelten müssen, prinzipiell also noch gesichert werden könnten.

Nur in Einzelfällen liegen heute bereits genaue Kenntnisse über den definitiven Verlust bestimmter Überlieferungen vor, denn die Bearbeitung und Erschließung der umfangreichen schriftlichen Hinterlassenschaft der DDR liegt in vielen Archiven noch in den Anfängen. Durch die intensive persönliche, wissenschaftliche und amtliche Benutzung der Akten – etwa für Rehabilitierungsanträge, für Eigentumsnachweise, für Strafverfolgungszwecke, für parlamentarische Untersuchungsausschüsse oder für Forschungsvorhaben – sind die Archivverwaltungen und ihre Fachkräfte zumeist derart in Anspruch genommen, daß die weitere Erschließung der übernommenen DDR-Bestände oft nicht in wünschenswertem Maße vorangetrieben werden kann.

Grundsätzlich muß bei der Frage nach Unterlagen- und Aktenvernichtung zwischen der „ordnungsgemäßen“ Kassation von Schriftgut, die in aller Regel auch in den DDR-Archiven protokollarisch festgehalten wurde, und der „unbefugten“ bzw. unkontrollierten Vernichtung von Unterlagen und Akten unterschieden werden. Sowohl im Bereich des Zentralkomitees der SED als

auch im Bereich des Staatssicherheitsdienstes – um nur zwei besonders wichtige Beispiele zu nennen – wurden nach Ablauf bestimmter Aufbewahrungsfristen turnusmäßig entsprechend den innerparteilichen bzw. innerdienstlichen Bestimmungen Unterlagen, die an die zuständigen Registraturen abgegeben worden waren, kassiert. Dabei waren jedoch nicht – wie im Rechtsstaat üblich – allein archivalisch-fachliche Gesichtspunkte ausschlaggebend. Vielmehr entschieden die zuständigen „Kassationskommissionen“, in denen Archivare nur eine nachgeordnete Funktion innehatten, unter Umständen auch nach politisch opportunen Kriterien über Aufbewahrung oder Vernichtung von Unterlagen.

2.2.1. *Unterlagenvernichtung im zentralen Parteiapparat der SED*

Über die Kassation des ordnungsgemäß an die Registraturen des zentralen Parteiapparates der SED abgelieferten Schriftgutes entschied – entsprechend den „Arbeitsrichtlinien für die Parteiarchive der SED“ – die aus dem Leiter des Büros des Politbüros, dem jeweils zuständigen Abteilungsleiter und dem Leiter des Zentralen Parteiarchivs zusammengesetzte Kassationskommission. Offensichtlich gehen jedoch die heute bereits festzustellenden, wirklich gravierenden Überlieferungslücken für die zentrale SED-Ebene nicht in erster Linie auf die Tätigkeit der Kassationskommissionen zurück, sondern resultieren aus der nicht ordnungsgemäßen Ablieferung der Unterlagen an die zuständigen Registraturen. So ist beispielsweise das Schriftgut der Abteilung „Grundstoffindustrie“ in den achtziger Jahren, als die verheerenden ökonomischen und ökologischen Konsequenzen der politischen Entscheidung zur Erdölablösung durch heimische Braunkohle erkennbar wurden, nur noch in sehr geringem Umfang an das Zentrale Parteiarchiv abgegeben worden.

Ausschlaggebend dafür, daß viele Funktionäre Akten und Dokumente möglichst lange in ihrer eigenen Verfügungsgewalt behielten, dürften das weitverbreitete Mißtrauen innerhalb der herrschenden Partei und ihre übersteigerten Geheimhaltungspraktiken gewesen sein. Dieses Verhalten bot einzelnen SED-Funktionären letztlich auch die Möglichkeit, während des politischen Umbruchs 1989/90 kompromittierende Unterlagen zu „privatisieren“ oder zu beseitigen. Dies ist z. B. ganz offensichtlich im Bereich des Politbüromitglieds und ZK-Sekretärs für Wirtschaft, Günter Mittag, geschehen. Zu vermuten ist dies aber auch für die heute vollständig fehlende Überlieferung der Abteilung „Verkehr“ (innerhalb des Zentralkomitees u. a. verantwortlich für die „Westarbeit“, für Waffenhandelsgeschäfte und für den Aufbau von Geheimdiensten in anderen Ländern) sowie für die offenkundigen Lücken in den Beständen der Zentralen Parteikontrollkommission.

Ein systematisches Vorgehen bei der Vernichtung von Akten aus dem Bereich des Zentralkomitees läßt sich allerdings aus den bisher bekannten Bestands-

lücken nicht erkennen. Es wurde bis heute auch noch keine entsprechende schriftliche „Vernichtungsanweisung“ gefunden.

Die Archivare des Zentralen Parteiarchivs selbst sind im Herbst 1989 tätig geworden, als sie von dem drohenden Verlust wertvollen Schriftguts erfuhren. Über die Leitung des früheren Instituts für Marxismus-Leninismus gelang es ihnen aber erst im November 1989, den Bürochef des Politbüros dazu zu veranlassen, alle Abteilungen des ZK und die Büros der Politbüromitglieder zur Einhaltung der „Registrierungsordnung des ZK“ aufzufordern und auf die Zuständigkeit des Zentralen Parteiarchivs für alle Unterlagen des Parteiapparats hinzuweisen. Ausdrücklich wurde darauf aufmerksam gemacht, daß zu Akten- und Schriftgutvernichtungen, die zu diesem Zeitpunkt offensichtlich in größerem Umfang in den einzelnen Büros vorgenommen wurden und erst mit der Versiegelung der Büros der Politbüromitglieder durch den neuen SED/PDS-Chef Gregor Gysi seit dem 3. Dezember 1989 zumindest eingedämmt werden konnten, allein die Kassationskommissionen berechtigt seien.

2.2.2. *Unterlagen- und Aktenvernichtung im MfS/AfNS*

Auch im Bereich des Ministeriums für Staatssicherheit war die Kassation archivierter Unterlagen grundsätzlich durch innerdienstliche Bestimmungen geregelt. Von zentraler Bedeutung in diesem Zusammenhang sind die vom Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, erlassene Dienstanweisung Nr. 2/81 vom 1. Juli 1981 „zur einheitlichen Erfassung und Überprüfung von Personen und Objekten, der Registrierung von Vorgängen und Akten sowie der Archivierung politisch-operativen Schriftgutes in den Abteilungen XII“ (GVS-MfS-0008–8/81) und die inhaltlich auf diese Dienstanweisung aufbauenden, von der Abteilung XII (Zentrale Auskunft/Speicher) herausgegebenen „Arbeitsorganisatorischen Festlegungen zur Archivordnung XII“ aus dem Jahre 1989. Während nach Inkrafttreten der Dienstanweisung Nr. 2/81 zunächst nur ersatzverfilmte Unterlagen von der „geregelten“ Kassationen betroffen waren, wurde seit Anfang 1989 von einer ständigen Kassationskommission Schriftgut im großen Stil auch ersatzlos kassiert.

Nachzuweisen sind die Kassationen – zumindest teilweise – über „Vernichtungsprotokolle für Archivmaterial“ und über die entsprechenden Eintragungen in den Archivregistrierbüchern. Anders als im Zentralkomitee der SED, wo es im November und Dezember 1989 offensichtlich zu völlig unkontrollierten Vernichtungen kam, wurden vom Staassicherheitsdienst zu diesem Zeitpunkt teilweise noch „ordnungsgemäße“ Kassationsprotokolle angelegt. Soweit bekannt wurde, gibt es für das Jahr 1989 mindestens 108 Vernichtungsprotokolle; 66 von ihnen konnten bisher ermittelt werden. Sie dokumentieren insgesamt 50 vollzogene Schriftgutvernichtungen mit ca. 15 000 Einzelvorgängen. Die in den restlichen sechzehn Protokollen erfaßten Unterlagen konnten offensicht-

lich nicht mehr – wie vorgesehen – vernichtet werden. Welche Unterlagen im einzelnen von der Vernichtung nach der Dienstanweisung Nr. 2/81 betroffen waren, steht zur Zeit noch nicht fest; eine entsprechende systematische Auflistung ist jedoch bei der Behörde des Bundesbeauftragten in Arbeit.

Aus den inzwischen erschlossenen Teilen der MfS-Überlieferung wird deutlich, daß auch Schriftgut kassiert worden ist, das nicht zur Archivierung in den Abteilungen XII vorgesehen war, sondern in anderen Diensteinheiten verblieb. Vornehmlich handelt es sich hierbei um Schriftgut mit Geheimhaltungsgraden, um Unterlagen zur Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter sowie um andere nicht personenbezogene Unterlagen. Im Teilbestand „Sekretariat des Ministers“ wurden so z. B. Vernichtungsprotokolle für Verschlusssachen aus den Jahren von 1955 bis 1984 gefunden, im Teilbestand „Arbeitsgruppe des Ministers“ Vernichtungsprotokolle über Vertrauliche und Geheime Verschlusssachen aus den Jahren von 1959 bis 1989.

Von besonderer Bedeutung für umfangreiche gezielte Unterlagenvernichtung im Bereich des früheren Ministeriums für Staatssicherheit, über die in der Regel keinerlei Protokolle mehr angefertigt wurden, ist ein Schreiben des Leiters des Amtes für Nationale Sicherheit, Wolfgang Schwanitz, vom 22. November 1989. Der Leiter der MfS-Nachfolgeorganisation gab damit den nachgeordneten Diensteinheiten detaillierte Hinweise zur „Reduzierung des Bestandes registrierter Vorgänge und Akten sowie weiterer operativer Materialien und Informationen“. Eine Aussage darüber, welche Unterlagen gemäß diesem Schreiben, dem im Dezember weitere Vernichtungsanweisungen des AfNS-Chefs folgten, tatsächlich vernichtet wurden, läßt sich allerdings nicht treffen. In der Behörde des Bundesbeauftragten wurden zwischen März und September 1991 über 17 000 Säcke mit ca. 25 000 laufenden Metern (1fm) vorvernicktetem Material gesichtet und bewertet. Ein relativ leicht rekonstruierbarer Teil davon (ca. 1 200 lfm) konnte nach der jeweiligen Provenienz strukturiert und durch Listen nachweisbar gemacht werden, so daß heute Rückschlüsse auf die Vernichtungsschwerpunkte möglich sind. Sie lagen u. a. in den Bereichen „Spionageabwehr“ (HA II), „Beobachtung/Ermittlung“ (HA VIII), „Volkswirtschaft“ (HA XVIII), „Verkehr, Post und Nachrichtenwesen“ (HA XIX), in der Hauptabteilung „Kader und Schulung“ sowie im Bereich „Staatsapparat, Kunst, Kultur, Untergrund“ (HA XX). Zur Vernichtung vorgesehen war außerdem sachbezogenes Schriftgut zu bestimmten wichtigen historischen Ereignissen der DDR-Geschichte, z. B. zum 17. Juni 1953, zur Teilnahme der DDR an der Intervention der Warschauer-Vertrags-Staaten in der Tschechoslowakei 1968, zu den Kommunalwahlen und zur Bekämpfung der Opposition im Jahr 1989.

Fast vollständig vernichtet wurden während der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit im ersten Halbjahr 1990 die Akten der „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HV A) des

MfS. Lediglich in der Bezirksverwaltung Leipzig konnten die Spionageakten, aus denen zweifelsfrei hervorgeht, daß der „Auslandsnachrichtendienst“ der DDR auch in die Bekämpfung der inneren Opposition eingebunden war, vor der Vernichtung bewahrt werden. Das Bürgerkomitee zur Auflösung der Staatssicherheit, das über diesen Zusammenhang von den zuständigen HV A-Offizieren offensichtlich gezielt desinformiert wurde – stimmte der Vernichtung der HV A-Akten schließlich selbst zu [→ Expertise Chaker].

Der Zentrale Runde Tisch, der immer wieder im Zusammenhang mit dem Thema Aktenvernichtung genannt wird, hat de facto keine Resolution verabschiedet, die die Vernichtung von Akten – gleich welcher Provenienz – rechtfertigen könnte. Ganz im Gegenteil bemühte er sich, die Vernichtung von Akten und Unterlagen möglichst zu unterbinden. Um einem unbefugten und unkontrollierbar schnellen Zugriff auf die MfS-Unterlagen zu verhindern, stimmte er allerdings der Vernichtung magnetischer Datenträger des MfS zu – eine Entscheidung, die sich im nachhinein als sehr nachteilig für die Erschließung der Unterlagen erweist [→ Expertise Thaysen].

Aussagen darüber, wieviele Unterlagen der Staatssicherheit zur Zeit außerhalb der zuständigen Behörde noch „vagabundieren“, lassen sich verbindlich nicht treffen. Daß Unterlagen in nicht unbedeutendem Ausmaß von früheren hauptamtlichen Mitarbeitern „privatisiert“ wurden und sich heute ohne Zweifel zum Teil auch im Besitz anderer Privatpersonen befinden, geht jedoch aus den immer wieder medienwirksam in Szene gesetzten „Enthüllungen“ über angebliche oder tatsächliche Stasi-Mitarbeit hervor. Auch ist anzunehmen, daß sich Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Moskauer KGB-Archiven befanden oder noch befinden. Inwiefern es sich hierbei um verbrachte Originaldokumente oder um „Parallelüberlieferungen“ aus der früheren Kooperation der Geheimdienste handelt, muß zur Zeit dahingestellt bleiben [→ Bericht Marquardt III].

2.2.3. *Unterlagen- und Aktenvernichtung in anderen zentralen staatlichen Behörden*

Zu Akten- und Unterlagenvernichtungen kam es nicht nur im Bereich der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit, sondern auch in den Überlieferungen anderer staatlicher Behörden. Hier sind Erkenntnisse über die genauen Vorgänge und das Ausmaß der Vernichtungen ebenfalls nur vorläufig und punktuell vorhanden:

Das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes machte z. B. darauf aufmerksam, daß im übernommenen Schriftgut des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR die Überlieferungen der

Abteilungen I (MfS im MfAA), die Bestände der Abteilung „Journalistische Beziehungen“ sowie der größte Teil der Verschlusssachen und der zwischen

November 1989 und Oktober 1990 noch in den DDR-Auslandsvertretungen befindlichen Unterlagen fehlen. Die Nachweise über die Unterlagenvernichtungen sind auch hier nicht vollständig.

Nach Erkenntnissen des Bundesarchivs fehlen im übernommenen Schriftgut des Ministeriums des Innern der DDR u. a. die Unterlagen der für MfS-Kontakte zuständigen Abteilung I (K I) sowie die komplette Überlieferung des sog. Ministerarchivs. Der Verbleib dieses vermutlich sehr bedeutsamen Archivs, das neben dem Verwaltungsarchiv des Ministeriums existierte, zur Aufbewahrung der Unterlagen der Minister sowie ihrer Büros diente und höchstwahrscheinlich auch nach der friedlichen Revolution von 1989/90 noch vorhanden war, ist bislang ungeklärt.

Ein weiterer Bereich, in dem es zu umfangreichen Akten- und Unterlagenvernichtungen kam, ist das Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV) der DDR, dessen Schriftgut vom Bundesarchiv-Militärarchiv übernommen wurde. Da die entsprechenden Vorgänge vom Bundesarchiv inzwischen vergleichsweise gut aufgeklärt werden konnten, sollen sie hier ausführlicher dargestellt werden.

Das früher offiziell für die Unterlagen zuständige Militärarchiv der DDR in Potsdam wurde bereits im November 1988 – offensichtlich auf Betreiben der NVA-Spitze und unter Protesten der Archivare – durch den Erlaß der sog. Archivordnung 1988 von der archivalischen Bewertung und Verzeichnung des zu übernehmenden Schriftgutes völlig entbunden. Diese Aufgabe, die auch die Entscheidung über die Kassation von Schriftgut einschloß, lag seit 1988 bei den einzelnen militärischen Verwaltungsarchiven selbst. Als es nach dem Herbst 1989 in den Verwaltungsarchiven, die der „Verwaltung Militärwissenschaft“ im Ministerium für Nationale Verteidigung in Strausberg unterstanden, zu zahlreichen autorisierten, aber auch unautorisierten Schriftgutkassationen kam, bemühte sich das Militärarchiv in Potsdam – oft vergeblich – um Abhilfe.

Ein Schwerpunkt der „autorisierten“ Akten- und Unterlagenvernichtung im Bereich des früheren Verteidigungsministeriums der DDR lag auf dem hinterlassenen Schriftgut der Militärspionage. Am 16. März 1990, wenige Tage vor den ersten demokratischen Volkskammerwahlen, hatte der letzte von der SED gestellte Verteidigungsminister, Admiral Theodor Hoffmann, mit Befehl 1206/90 die „Einstellung der illegalen Arbeit der militärischen Aufklärung“ verfügt sowie die Vernichtung aller Unterlagen und personenbezogenen Akten des „Militärischen Abschilderdienstes“ (MAD) der NVA bis zum 31. Juli 1990 angeordnet. Der Minister für Abrüstung und Verteidigung (MfAV) der DDR, Rainer Eppelmann, der im April 1990 die Amtsnachfolge von Admiral Hoffmann antrat und in Archivangelegenheiten von der zuständigen „Verwaltung Militärwissenschaft“ im MfAV offensichtlich wiederholt falsch informiert und beraten wurde, unterschrieb am 15. August 1990 eine Vollmacht, auf grund

derer die Akten der „Verwaltung/Bereich Aufklärung“ vom Militärarchiv in Potsdam zur „Sichtung“ an einen Beauftragten des Chefs des aus der früheren „Verwaltung Aufklärung“ hervorgegangenen „Informationszentrums“ im MfAV herausgegeben werden mußten. Etwa ein Drittel der zur Sichtung eingeforderten Akten, vornehmlich personengebundene Unterlagen über die Auslandstätigkeit von Mitarbeitern der Verwaltung Aufklärung, sind infolge dieser Vollmacht bis zum September 1990 vernichtet worden. Auch die im Archiv des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit eingelagerten Akten der Militäraufklärung wurden – unter Berufung auf einen entsprechenden Beschluß des Ministerrats der DDR vom 16. Mai 1990 – Ende August 1990 herausgegeben und gesichtet.

Rainer Eppelmann, der den Vollzug der Vernichtung zuließ, erklärte dazu im September 1992, daß er bedauere, damals den historisch-wissenschaftlichen Wert der vernichteten Unterlagen nicht erkannt zu haben. Es erscheine ihm aber aus ethisch-moralischen Gründen noch immer unvorstellbar, daß ein Dresdner Bürger, der im Auftrag der DDR Militärspionage gegen die damalige Bundesrepublik betrieben habe, oder ein Heidelberger Bürger, der im Auftrag der früheren Bundesrepublik Militärspionage gegen die DDR betrieben habe, dafür vor Gericht gestellt werden solle.

Sondervotum zu den beiden letzten Absätzen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Weber:

„Ein Schwerpunkt der Akten- und Unterlagenvernichtung im Bereich des früheren Verteidigungsministeriums der DDR lag bei den hinterlassenen Unterlagen der Militäraufklärung. Durch die vollständige Vernichtung aller personengebundenen Unterlagen in diesem wichtigen Bereich wurde die Aufarbeitung der Strukturen, Arbeitsweise und Mechanismen der Militäraufklärung der DDR deutlich erschwert. Ferner wurde dadurch weitgehend verhindert, daß die betreffenden Personen, deren Unterlagen vernichtet wurden, zur Verantwortung gezogen werden können. Dies betrifft nicht nur DDR-Bürger, sondern auch Bürger der alten Bundesrepublik, die für die DDR-Militärspionage gearbeitet haben. Auch sie können nach den umfangreichen Aktenvernichtungen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehr strafrechtlich verfolgt werden.

Noch am 16. März 1990, zwei Tage vor den ersten demokratischen Volkskammerwahlen, hatte der letzte SED-Verteidigungsminister, Admiral Theodor Hoffmann, mit Befehl 1206/90 die Vernichtung aller personengebundenen Akten der Militäraufklärung bis zum 31. Juli 1990 angeordnet. Dieser Befehl wurde auch von seinem Nachfolger, dem Minister für Abrüstung und Verteidigung (MfAV) Rainer Eppelmann nicht aufgehoben. Für den Vollzug dieser Anweisung stellte sich das Problem, daß dem MfAV nicht alle Akten zur Verfügung standen, da ein Großteil von ihnen, wie von anderen Ministerien auch, beim MfS in der Normannenstraße lagerte.

Am 16. Mai 1990 erließ der Ministerrat einen Beschluß, nach dessen Ziffer 14

die Archivalien der jeweiligen Ministerien, die das MfS ausgelagert hatte, wieder zurückgeführt und bei den jeweiligen Ministerien gelagert werden sollten.

Im Archiv des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit waren ebenfalls Akten der Militäraufklärung eingelagert. Sie wurden auf der Grundlage des genannten Ministerratsbeschlusses abtransportiert. Nach einem vergeblichen Versuch Ende Mai 1990 wurden die Unterlagen entsprechend einer Vollmacht durch Generalleutnant Krause vom 8. August 1990 am 10. August 1990 übergeben. Das Übergabeprotokoll weist 360 lfm Akten einschließlich der zugehörigen 13 Registrierbücher auf. Auch aus diesen Beständen wurden dann alle personengebundenen Unterlagen vernichtet. Von der Vernichtung der Akten war in dem Ministerratsbeschluß jedoch nicht die Rede.

Am 15. August 1990 erteilte Rainer Eppelmann eine Vollmacht zum Abtransport des gesamten Archivbestandes der ehemaligen Verwaltung/Bereich Aufklärung, deren Herausgabe sein Staatssekretär Ablaß mehrfach verhindert hatte, aus dem Militärarchiv Potsdam. Es handelte sich um ca. 1,3 t Material – bei der Rückgabe fehlten 83 Aktenbündel, darunter alle personengebundenen Unterlagen.

Rainer Eppelmann hat nie bestritten, den Befehl zur Vernichtung der Akten gegeben zu haben. Eine strafrechtliche Verfolgung der Mitarbeiter der ehemaligen Militäraufklärung sei – soweit sie DDR-Bürger waren – nach seiner wiederholt geäußerten Auffassung nur durch rückwirkende Anwendung von bundesdeutschen Gesetzen und durch Ungleichbehandlung im Vergleich zu westdeutschen Geheimdiensten möglich. Dies widerspreche seiner Rechtsauffassung. Diese Auffassung ist zwar politisch legitim, widerspricht jedoch geltendem Recht und kann auch, unabhängig von dieser Haltung, die Vernichtung der relevanten Akten in keiner Weise begründen.

Aufgrund der bisherigen Aktenlage, vorhandener Dokumente und den Aussagen des ehemaligen MfAV Eppelmann ergeben sich einige wichtige Fragestellungen und Widersprüche. Aus diesem Grund hat die Arbeitsgruppe der SPD in der Enquete-Kommission Rainer Eppelmann einen Fragenkatalog vorgelegt, der einige der offenen Fragen klären helfen sollte.

Die Fragen und die entsprechenden Antworten von Rainer Eppelmann lauteten:

1. Welche Rechtsgrundlage hatte die Aktenvernichtung?
„Nach Auskunft meines Stabes die Archivordnung der DDR.“
2. Wußten Sie, als Sie den Befehl zur Aktenvernichtung gaben,
 - a) daß damit nicht nur die DDR-Bevölkerung, sondern auch die Bundesbürger geschützt wurden, welche für die DDR Spionage trieben?
 - b) daß Ihr Staatssekretär gegen die Vernichtung war und sie im Juli unterbunden hatte?

- „a) *Nein; ich hatte sogar ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ich solche Vernichtung nur für DDR-Bürger, die im Auftrag der DDR gegen die Bundesrepublik Deutschland Militärspionage betrieben hätten, gestatten würde. Ich bin außerdem davon ausgegangen, daß dem betreffenden Personenkreis keine anderen Vorwürfe (Erpressung, Bestechung, Diebstähle) zur Last gelegt werden können.*
- b) *Die Haltung von Staatssekretär Ablaß im Juli war mir im Mai 1990 unbekannt.“*
3. Trifft es zu, daß Generaloberst Krause bei ihnen versucht hat, den Widerstand von Staatssekretär Ablaß gegen die Aktenherausgabe und -vernichtung zu überwinden?
- „*Da mir der Widerstand von Herrn Ablaß nicht bekannt ist, kann ich mich leider auch an die angefragten Aktivitäten von Generaloberst Krause nicht erinnern. Aus eben diesem Grunde kann ich sie aber auch nicht ausschließen.“*
4. Trifft es zu, daß der Bundesinnenminister von der Aktenvernichtung unterrichtet war und sie befürwortete?
- „*Nein; ich teilte dem Bundesinnenminister anläßlich eines Essens meine Meinung zu dem Problem mit. Nach meiner Erinnerung teilte Bundesminister Schäuble meine Ansicht.“*
5. Trifft das (s. 4.) auch für den Bundesminister der Verteidigung zu?
- „*Bundesminister Stoltenberg brachte sein Verständnis zu meiner Sicht der Dinge zum Ausdruck.“*
6. Wann wurde Ministerpräsident de Maizière davon unterrichtet?
- „*Nach meiner schwachen Erinnerung unmittelbar nach dem ersten Gespräch mit Generaloberst Krause über das Problem; also in der 1. Hälfte des Mai'es 1990.“*

Auch nach der Beantwortung der Fragen bleiben Widersprüche zu verzeichnen und einige Fragen offen. Die wichtigsten sollen im folgenden kurz skizziert werden.

1. *War es bekannt, daß Staatssekretär Ablaß gegen die Aktenvernichtung war? Trifft es zu, daß Generalleutnant Krause versucht hat, den Widerstand von Staatssekretär Ablaß gegen die Aktenherausgabe und -vernichtung zu überwinden?*

Die ausweichenden Antworten Rainer Eppelmanns machen seinen damaligen Kenntnisstand in keiner Weise deutlich.

Staatssekretär Ablaß brachte z. B. in einem Schreiben vom 31. Juli 1990 an den Chef der NVA, Admiral Hoffmann, zum Ausdruck, daß er gegen die Vernichtung der Akten war.

„Strausberg, 31.07.1990

Chef der NVA

Bezug nehmend auf ihre Aktennotiz vom 20.07.1990 (Tgb.-Nr.: ANV 2/90) zur Sicherung authentischer Quellen für rechtliche und militärische Zwecke durch die Archivierung von Dokumenten und Akten der NVA sehe ich mich veranlaßt, Sie über Bedenken und Sorgen des Bundesministeriums der Verteidigung zur gegenwärtigen Praxis der NVA bei der Behandlung von militärischem Schriftgut und museumswürdigem Wehrmaterial zu informieren. So teilen der Leiter des Bundesarchivs – Militärarchiv und der Beauftragte für das Museumswesen der Bundeswehr mit, daß

- derzeit umfangreiche Aktenbestände der NVA unkontrolliert vernichtet werden (die Masse des Schriftgutes der ehemaligen Politischen Hauptverwaltung der NVA) und
- in konzeptionellen Überlegungen des Militärhistorischen Museums Dresden die Ausgabe unersetzbarer Ausstellungsstücke an Dritte vorgesehen ist.

Im Interesse einer objektiven historischen Aufarbeitung der deutschen Militärgeschichte von 1945 bis 1990 und der Vermeidung von Irritationen zwischen der Bundeswehr und der NVA bitte ich Sie, um

- die Prüfung der mitgeteilten Tatbestände und Absichten,
- die Einleitung wirksamer Maßnahmen zur Gewährleistung einer generellen Archivierung militärischen Schriftgutes und Sicherstellung museumswürdigen Wehrmaterials bzw. der Materialien und Bestände des Bibliothekswesens der NVA . . . i.V. Werner E. Ablaß“

Mit diesem Schreiben wird deutlich, daß die Ablehnung der Aktenvernichtung durch Staatssekretär Ablaß bekannt war. Es bedarf der Klärung, warum Minister Eppelmann zwei Wochen nach diesem Schreiben davon nichts gewußt haben soll. Seine Antwort jedenfalls schließt nur aus, daß er es im Mai 1990 wußte – zur Frage steht der August 1990.

2. Warum erfolgte einen Tag nach der Vollzugsmeldung über die Aktenvernichtung der Befehl über die Einstellung der Vernichtungsmaßnahmen?

Mit seinem Befehl Nr. 45/90 vom 14. September 1990 ordnete Minister Eppelmann mit sofortiger Wirkung die Einstellung der Vernichtung von Akten und anderen Nachweismaterialien an. Dieser Befehl erscheint deshalb seltsam, weil der Minister nach einer von ihm selbst abgezeichneten Meldung durch Generalleutnant Krause vom 13. September 1990 darüber informiert war, daß die Vernichtung personengebundener Akten des Informationszentrums bereits abgeschlossen war.

„Meldung über die Vernichtung personengebundener Akten:

Herr Minister!

Gestatten Sie, Ihnen zu melden:

1. Die Vernichtung personengebundener Akten des Informationszentrums erfolgte entsprechend dem Befehl Nr. 1206/90 des Ministers für Nationale Verteidigung vom 16.03.1990, Ziffer 4., wonach alle personellen, materiellen und finanziellen Nachweise, Karteien, Akten oder sonstige Unterlagen, die zur Aufdeckung von Personendaten führen können, bis zum 31.07.1990 zu vernichten waren. Diese Aufgabe wurde mit größter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit erfüllt. Es wurden ausschließlich Materialien obengenannten Charakters vernichtet.
2. Auf der Grundlage meines Befehls Nr. 05/90 vom 24.07.1990 wurde die Bearbeitung des in den Archiven Strausberg und Potsdam eingelagerten Archivgutes des Informationszentrums organisiert und durchgeführt.

Das Archivgut wurde durch eine Kommission gesichtet und geprüft. Im Ergebnis dessen wurde vernichtet:

- Material mit Rückschlußmöglichkeiten auf Personen, Objekte und Vorgänge,
- Austauschmaterialien mit Armeen des Warschauer Vertrages.

Die Sicherheit bei der Vernichtung wurde durch eine Vernichtungskommission gewährleistet. Das verbliebene Archivgut wurde neu protokolliert und zurückgeführt.

3. Mit der Vernichtung wird gewährleistet,
 - daß die Quellen und die anderen Mitarbeiter der militärischen Aufklärung für ihre Tätigkeit im Interesse der DDR, die sie in der Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland ausgeübt haben, keine Nachteile erfahren und der Datenschutz gesichert bleibt;
 - daß keine Reaktivierung oder weitere Arbeit der ehemaligen Mitarbeiter organisiert und durchgeführt werden kann;
 - daß keine Übernahme ehemaliger Mitarbeiter durch andere Geheimdienste bzw. Arbeit für sie erfolgen kann.

Krause, Generalleutnant

Mitzeichnung:

Weiß, Oberst, Vorsitzender der Kommission zur Bearbeitung des Archivgutes

Breitkopf, Oberst, Vorsitzender der Vernichtungskommission“

3. *War es bekannt, daß durch die Aktenvernichtung nicht nur DDR-Bürger, sondern auch Bundesbürger, die für die DDR-Militäraufklärung arbeiteten, geschützt wurden?*

Rainer Eppelmann erklärt, dies nicht nur nicht gewußt zu haben, sondern daß er sogar ausdrücklich darauf hingewiesen habe, daß er die Vernichtung der Akten dieser Personengruppe nicht gestatten würde.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob ihm nicht bewußt gewesen sein muß,

daß zu den für die Militäraufklärung arbeitenden Personen auch Bundesbürger gehört haben, versucht doch jeder Geheimdienst, Bürger des interessierenden Landes zur Mitarbeit zu gewinnen. In seinen Befehlen gibt es jedoch zu keiner Zeit eine Ausgrenzung dieses Personenkreises.

Die entscheidenden Fragen aber wirft die Meldung an Minister Eppelmann über den Stand der Auflösung des Geheimdienstes vom 6. August 1990 auf. Generalleutnant Krause weist darin ausdrücklich darauf hin, daß nicht zugelassen werden sollte, „daß den BRD-Behörden Karteien und Akten der militärischen Aufklärung, die BRD-Bürger betreffen, in die Hände fallen.“ Er bittet den Minister anzuweisen, daß die Unterlagen aus dem Militärarchiv in Potsdam zur „Sichtung“ bereitgestellt werden.

„Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik

Ministerium für Abrüstung und Verteidigung

Chef des Informationszentrums

Berlin, den 06.08.1990

Meldung an den Minister für Abrüstung und Verteidigung

... 4. Die Übergabe des Schrift- und Archivgutes aus dem Archiv des ehemaligen MfS wurde noch nicht vollzogen. (...) Im Zusammenhang damit gestatte ich mir den Hinweis, daß die Karteien der Hauptverwaltung Aufklärung des ehemaligen MfS bereits gezogen und vernichtet sind. Es sollte nicht zugelassen werden, daß den BRD-Behörden Karteien und Akten der militärischen Aufklärung, die BRD-Bürger betreffen, in die Hände fallen . . .

5. Im gleichen Zusammenhang wurden alle Archivadokumente, die sich in den Armeearchiven befanden, zur Sichtung vorgesehen und für solche, die auf Personaldaten schließen lassen, die Vernichtung eingeleitet.

Die Unterlagen aus dem eigenen und die aus dem Archiv Strausberg sind gegenwärtig in Bearbeitung.

Die Unterlagen im Militärarchiv Potsdam wurden mir, entgegen der Archivordnung, widerrechtlich verweigert.

Ich bitte Sie anzuweisen, daß diese Unterlagen mit zur Sichtung bereitgestellt, ausgelagert und danach alle verbleibenden wieder zurückgeführt werden . . .

Krause

Generalleutnant“

Nach dieser Meldung hat der Minister also wissen müssen, daß auch die personengebundenen Unterlagen von Bundesdeutschen, die für die Militäraufklärung der DDR arbeiteten, vernichtet wurden. Vier Tage später wurden die Akten aus dem ehemaligen MfS abtransportiert. Neun Tage nach dieser Meldung erteilte der Minister die Vollmacht bezüglich der Akten im Militärarchiv

Postdam. Hier bleibt ein eklatanter Widerspruch zu den heutigen Aussagen Rainer Eppelmanns.

4. *Trifft es zu, daß die Bundesminister Schäuble und Stoltenberg von der Aktenvernichtung unterrichtet waren und diese befürworteten?*

Nach den Antworten Rainer Eppelmanns hatten der damalige Bundesinnenminister Schäuble und der damalige Bundesverteidigungsminister Stoltenberg Kenntnis von der Vernichtung der Akten. In einem Brief an die Justizministerin vom 8. September 1992 bezieht Rainer Eppelmann die beiden Minister in seine Bewertung über die „Absurdität“ der Überantwortung ehemaliger Mitarbeiter der DDR-Militäraufklärung an eine „ehemals als feindlich eingestufte Justiz“ ein.

„Sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Frau Leutheusser-Schnarrenberger, . . . In Absprache mit dem Bundesinnenminister Herrn Dr. Schäuble und mit dem Verteidigungsminister Herrn Dr. Stoltenberg ist seinerzeit die Militäraufklärung und das Informationszentrum der ehemaligen DDR, der Nationalen Volksarmee, aufgelöst worden. Die Akten sind auf meinen Befehl hin vernichtet worden, um einer strafrechtlichen Verfolgung der Mitarbeiter dieser Behörden entgegenzuwirken.

Es erschien uns seinerzeit absurd, daß diejenigen, die in der Militärabwehr und zum Schutz der Geheimnisse einer Armee arbeiteten, wie es in jeder Armee der Welt üblich ist, der Strafverfolgung einer ehemals als feindlich eingestuften Justiz überantwortet werden könnten. Dies erscheint mir auch im nachhinein aus meiner heutigen Sicht durchaus noch ein richtiger Standpunkt zu sein. Ich meine, daß gerade auf die betroffene Gruppe, falls gegen sie wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit ermittelt wird, nur unter rückwirkender Anwendung von bundesdeutschen Gesetzen strafrechtlich verfolgt werden kann. Dies widerspräche aber meiner Rechtsauffassung und wie immer wieder betont wurde, wohl auch der der Bundesregierung . . .

Rainer Eppelmann“

In dem bereits angeführten Schreiben von Staatssekretär Ablaß vom 31. Juli 1990 wird hingegen zum Ausdruck gebracht, daß das Bundesministerium der Verteidigung Bedenken und Sorgen angesichts der Aktenvernichtung hatte.

Der damalige Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Hans Neusel, merkt in einem Leserbrief an die FAZ vom 3. Mai 1994 an, daß Bundesinnenminister Schäuble nicht mit der Vernichtung der Akten einverstanden war – in diese Stellungnahme bezieht er auch den Bundesverteidigungsminister ein.

„. . . Zutreffend ist, daß die Auflösung dieser Organisation [gemeint ist hier die Verwaltung Aufklärung der Nationalen Volksarmee (NVA), also die Militärspionage; die Verfasser], die sich zuletzt ‚Informationszentrum‘ nannte, erwünscht war. Unzutreffend ist jedoch, daß der Bundesinnenmini-

ster – das gleiche dürfte für den Bundesverteidigungsminister gelten – mit der Vernichtung der Akten einverstanden war. Die bundesdeutschen Stellen hatten vielmehr ein dringendes Interesse daran, Einblick in diese Akten zu bekommen, um die zahlreichen Agenten der DDR-Militärspionage in Westdeutschland zu enttarnen und damit künftigen Schaden abzuwenden.“

Durch die offensichtlichen Widersprüche in den verschiedenen Aussagen zu diesem Fragenkomplex bleiben auch hier Fragen offen.

Die Einzelfragen können an dieser Stelle nicht abschließend beurteilt werden. Die dargestellten Widersprüche bedürfen unbedingt einer genaueren Klärung. Die Aussage, Minister Eppelmann sei offensichtlich falsch oder ungenügend informiert und beraten worden, wird durch die vorliegenden Dokumente infrage gestellt. Zu klären bleibt auch, inwieweit und seit wann die Bundesminister Stoltenberg und Schäuble von der Aktenvernichtung Kenntnis hatten und ob sie diese billigten.“

Stellungnahme der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. zu dem vorstehenden Sondervotum:

„Die Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. weisen das Sondervotum zurück. Es stützt sich auf Papiere, die die SPD erst am 15. Juni 1994 überreicht, bisher aber der Arbeit der Enquete-Kommission vorenthalten hat. Der Wahrheitsgehalt dieser Dokumente kann weder auf Herkunft noch auf Vollständigkeit überprüft werden. Art und Zeitpunkt der Vorlage dieses Sondervotums begründen Zweifel daran, daß hier ein zutreffendes Bild über den behaupteten Vorgang und die betroffene Person vermittelt werden soll.

Das SPD-Sondervotum greift in parlamentarisch nicht vertretbarer Weise ein Mitglied der Enquete-Kommission persönlich an. Darüber hinaus verletzt die SPD den zu Beginn der Arbeit der Enquete-Kommission vereinbarten Grundsatz, sich nicht im einzelnen zur Rolle und Funktion bestimmter Personen zu äußern. Die SPD wäre gut beraten gewesen, wenn sie sich hier der gleichen Zurückhaltung befleißigt hätte, die der Mehrheitsbericht von CDU/CSU, F.D.P. und Bündnis 90/Die Grünen beispielsweise im Zusammenhang mit Rolle und Funktion des früheren Berlin-Brandenburgischen Konsistorialpräsidenten und heutigen Brandenburger Ministerpräsidenten geübt hat.“

Zu weiteren umfangreichen, durch eine Weisung des Ministers für Abrüstung und Verteidigung autorisierten Aktenvernichtungen kam es im September 1990 im Verwaltungsarchiv des Kommandos der Volksmarine. Etwa 290 Akten, die in erster Linie gemeinsame Übungen der Flotten des Warschauer Paktes zum Inhalt hatten, wurden hier bis zum 28. September 1990 kontrolliert kassiert. Diese Maßnahme resultierte offensichtlich aus einer Vereinbarung zwischen dem Ministerium für Abrüstung und Verteidigung und dem Oberkommandierenden der Armeen des Warschauer Vertrages, derzufolge die in der DDR befindlichen Geheimdokumente der Sowjetarmee an diese zurückgegeben bzw. vernichtet werden sollten.

Überwiegend gehen die heute erkennbaren Überlieferungslücken der Bestände der NVA, der Grenztruppen und der Zivilverteidigung der DDR jedoch auf unautorisierte Schriftgutkassationen ohne Befehlsgrundlage zurück. Es fehlen z. B. Teilbestände – insbesondere Verschlusssachen – aus folgenden Bereichen: Zivilverteidigung, Gesellschaft für Sport und Technik und andere Massenorganisationen, Militärakademie „Friedrich Engels“, Militärpolitische Hochschule, politische Militärverwaltung, Organe des MfS in der NVA und Kommando der Grenztruppen. Gerade im militärischen Bereich, der von der westlichen DDR-Forschung bis 1989/90 kaum erforscht werden konnte, gingen zahlreiche wichtige historische Quellen durch Akten- und Unterlagenvernichtungen verloren. Erhebliche Probleme bei der Auswertung der vorhandenen Quellen entstehen dadurch, daß wichtige Schlüsseldokumente fehlen, die für die Erforschung von Entscheidungsprozessen besonders wichtig wären.

2.3. *Der Zugang zu den russischen Archiven*

2.3.1. *Die Bedeutung der russischen Archive*

Unerlässlich für eine fundierte Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit ist die Berücksichtigung sowjetischer Quellen, denn ohne die Analyse des spezifischen sowjetischen Einflusses auf die deutsche und gesamteuropäische Nachkriegsentwicklung ist auch die Erforschung der SED-Diktatur in Deutschland nicht zu leisten. Da das sowjetische Archivwesen bis in die Ära Gorbatschow hinein von Geheimhaltungsprinzipien bestimmt war, Aktenmaterial weder von ausländischen noch von sowjetischen Wissenschaftlern für Forschungszwecke frei genutzt werden konnte, sondern allenfalls ausgewählten Parteihistorikern zugänglich gemacht wurde, gab es nach dem politischen Umbruch zunächst keine offiziellen, frei benutzbaren Findhilfsmittel, die Auskunft über einschlägige Bestände in sowjetischen bzw. russischen Archiven hätten geben können. Die Enquete-Kommission hat sich deshalb – in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv, das auch vor 1991 bereits über funktionierende Arbeitskontakte zu sowjetischen Archivaren verfügte – darum bemüht, einen ersten groben Überblick über die für die Erforschung der DDR-Geschichte relevanten russischen Archive zu gewinnen und die Möglichkeiten des Zugangs zu ihnen zu klären. Angesichts der schwierigen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Russischen Föderation ist es jedoch auch gegenwärtig noch außerordentlich schwer, gesicherte Informationen zur Lage der dortigen Archive zu erhalten. Hinsichtlich ihrer Zugänglichkeit kommt für deutsche Forscher noch erschwerend hinzu, daß durch einen Erlaß Präsident Jelzins Dokumente über die sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland generell bis zum Abzug der GUS-Truppen aus Deutschland gesperrt wurden. Offiziell sind

damit sämtliche, die sowjetische Deutschlandpolitik nach 1945 betreffenden Unterlagen zur Zeit noch unzugänglich.

Wichtige russische Archive für die Erforschung der DDR-Geschichte sind das Staatsarchiv der Russischen Föderation (früher: „Archiv der Oktoberrevolution“), das Russische Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte (früher: Zentrales Parteiarchiv der KPdSU [bis Oktober 1952] incl. Komintern-Archiv), das Zentrum zur Aufbewahrung von zeitgenössischen Dokumenten (früher: Archiv des Zentralkomitees der KPdSU [von Oktober 1952 bis Dezember 1991]) und auch das Zentrum zur Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen (früher: „Sonderarchiv“). Das bis Februar 1990 geheimgehaltene „Sonderarchiv“ wurde 1945 mit den von sowjetischen Truppen u. a. in Schlesien und im Potsdamer Reichsarchiv erbeuteten deutschen Akten gebildet. Die Unterlagen dienten dem sowjetischen Innenministerium und dem sowjetischen Staatssicherheitsdienst bis Mitte der fünfziger Jahre u. a. dazu, Kollaborateure mit der deutschen Besatzungsmacht, aber auch sowjetische Kriegsgefangene, Lagerinsassen und Zwangsarbeiter in Deutschland, die pauschal der Kollaboration verdächtigt wurden, politisch zu verfolgen. Da dieses Archiv nicht von dem Erlaß des Präsidenten betroffen ist, konnten gerade seine – früher völlig geheimgehaltenen – Bestände inzwischen recht genau ermittelt werden.

Neben den genannten Archiven, die dem Staatlichen Archivdienst der Russischen Föderation direkt unterstehen, sind für die Erforschung der DDR-Geschichte eine Reihe weiterer Archive von Bedeutung: das Zentrale Archiv des Innenministeriums der Russischen Föderation, das Zentrale Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit Rußlands (früher: Zentrales KGB-Archiv), die Historisch-Dokumentarische Verwaltung des Außenministeriums, der u. a. das Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation untersteht, das Archiv der Streitkräfte Rußlands sowie das 1990 von Gorbatschow gegründete „Präsidentenarchiv“, in dem sich besonders wichtige, aus dem früheren „Kreml-Archiv“ des Politbüros der KPdSU und anderen Archiven entnommene Einzeldokumente und Teilbestände befinden. Auch für diese Archive ist prinzipiell der Staatliche Archivdienst zuständig, jedoch sind die Kompetenzen im einzelnen nicht klar geregelt. (Adressen und Ansprechpartner der wichtigsten russischen Archive sowie eine grobe Übersicht ihrer jeweiligen Bestände können dem Anhang entnommen werden.)

Die ursprünglich von der Enquete-Kommission gehegte Hoffnung, man könne vor Ort russische Historiker für die Bearbeitung besonders wichtiger Themen gewinnen und die Ergebnisse ihrer Studien direkt in die Behandlung der entsprechenden Themenfelder der Kommission einfließen lassen, ließ sich leider nicht realisieren. Eine Informationsreise der Enquete-Kommission nach Moskau im Sommer 1993, bei der Gespräche über die russische Archivsituation und die Möglichkeiten einer deutsch-russischen Kooperation

bei der Aufarbeitung der neuesten Geschichte beider Staaten geführt wurden, ließ erkennen, daß langfristige Überlegungen angestellt werden müssen.

2.3.2. *Ergebnisse einer Informationsreise nach Moskau*

Um sich vor Ort ein Bild vom Stand der Öffnung russischer Archive zu verschaffen und die Möglichkeit ihrer Nutzung für die Arbeit der Enquete-Kommission sowie die deutsche Forschung insgesamt zu erkunden, führte eine Delegation der Enquete-Kommission vom 5. bis 7. Juli 1993 in Moskau mit russischen Archivdirektoren, Wissenschaftlern, Parlamentsmitgliedern und Regierungsvertretern eine Reihe von Informationsgesprächen. Ein wichtiges Ziel der Gespräche war es außerdem, die Einrichtung einer gemeinsamen zwischenstaatlichen Kommission zur Erforschung der jüngeren deutsch-russischen Geschichte anzuregen.

Ein Hauptproblem für die Öffnung und Nutzung der russischen Archive lag nach übereinstimmender Auskunft aller russischen Gesprächspartner der Enquete-Kommission in den lange Zeit fehlenden rechtlichen Regelungen. Am 7. Juli 1993 konnte vom Parlament, dem Obersten Sowjet, eine lange diskutierte gesetzliche Grundlage für die russischen Archive verabschiedet werden. In sieben Abschnitten mit insgesamt 25 Artikeln behandelt dieses Archivgesetz zunächst grundsätzliche rechtliche und begriffliche Fragen, definiert den „Archivfonds“ der Russischen Föderation, legt den Status von staatlichen und privaten Archiven in der Russischen Föderation fest, beschreibt die Aufgaben des Staatlichen Archivdienstes und genehmigt den russischen Archiven ausdrücklich, an internationalen Kooperationen teilzunehmen. Die generelle Intention des Gesetzes ist es, ein rechtlich und organisatorisch einheitliches staatliches Archivwesen der Russischen Föderation aufzubauen. Nach den Bestimmungen des Archivgesetzes stehen die Dokumente der staatlichen Archive grundsätzlich allen Personen zur Benutzung offen. Enthalten sie jedoch Staats- oder andere Geheimnisse, sind sie frühestens 30 Jahre nach ihrer Entstehung zugänglich. Nur durch ein Gesetz kann diese Sperrfrist im Einzelfall verkürzt werden. Nach Ablauf der Sperrfrist entscheidet der Staatliche Archivdienst zusammen mit den abgebenden Regierungsbehörden über den möglichen „Verlust der Schutzwürdigkeit“ und damit über die künftige Nutzung. Dokumente, die personenbezogene Daten enthalten, dürfen generell erst 75 Jahre nach ihrer Entstehung frei zugänglich gemacht werden, wenn nicht durch ein Gesetz eine andere Regelung getroffen wird. Legen internationale Abkommen, an denen die Russische Föderation beteiligt ist, andere, von den Regelungen des Archivgesetzes abweichende Bestimmungen fest, wird ihnen generell der Vorrang eingeräumt. Obwohl die Deklassifizierung der als „geheim“ eingestuften Archivmaterialien zur Zeit noch sehr restriktiv gehandhabt wird, seit dem Frühjahr 1993 teilweise sogar bereits deklassifizierte Akten erneut gesperrt

wurden, bietet das Archivgesetz die Grundlage dafür, daß hoffentlich 1995 – nach dem vollständigen Abzug der GUS-Truppen aus Deutschland – auch die Quellen zur Erforschung der DDR-Geschichte bis Mitte der sechziger Jahre allgemein zugänglich sein werden.

Der Vorschlag der Delegationsmitglieder, eine gemeinsame zwischenstaatliche Kommission zur Erforschung der jüngeren deutsch-russischen Geschichte zu bilden, deren Aufgabe u. a. auch darin bestehen soll, Archivfragen zu klären, wurde von russischer Seite einhellig begrüßt. Deutscherseits, so betonten die russischen Gesprächspartner wiederholt, sei bislang vergleichsweise wenig Interesse an einer Zusammenarbeit mit russischen Archiven gezeigt worden, während es mit Polen, mit Ungarn, mit den Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei und auch mit den USA bereits seit einiger Zeit verschiedene Kooperationsprojekte gebe. Sowohl der Vorsitzende der Parlamentskommission für die russischen Archive, Prof. Dimitrij Wolkogonow, als auch der Vorsitzende des Staatlichen Archivdienstes der Russischen Föderation, Prof. Rudolf G. Pichoja, erklärten sich zu einer Mitarbeit in einer solchen Kommission bereit. Die Enquete-Kommission wurde jedoch darauf hingewiesen, daß es entscheidend sei, die politische Unterstützung des Präsidenten der Russischen Föderation für das Vorhaben zu gewinnen.

Im Verlaufe ihres Besuches informierte sich die Delegation der Enquete-Kommission in Gesprächen mit den jeweils zuständigen Archivdirektoren bzw. Archivmitarbeitern über die Bestände einzelner, für die Erforschung der DDR-Geschichte besonders wichtiger Archive:

Die stellvertretende Direktorin des Staatsarchivs der Russischen Föderation, Alija Barkowetz, führte aus, daß sich in ihrem Archiv nicht nur umfangreiche Bestände des früheren St. Petersburger Hauptstaatsarchivs des Zarenreichs befänden, sondern ebenfalls Dokumente zur Geschichte der UdSSR sowie die Überlieferungen der sowjetischen Ministerien. Das russische Staatsarchiv sei auch ein Aufbewahrungsort für wichtige Archivalien aus der Zeit nach 1945: Hier befänden sich Dokumente aus der Gründungszeit der DDR, speziell auch Dokumente der SMAD und Unterlagen zu den NKWD-Lagern in den Jahren von 1945 bis 1950 in der SBZ/DDR, die allesamt in einem sehr guten Zustand seien. Benutzbar sind die Überlieferungen bis zum Jahr 1917, die Akten des Obersten Sowjet hingegen sind gesperrt. Bis Ende 1994 gilt dies – aus den genannten Gründen – auch für die SMAD-Akten. Findhilfsmittel zu den gesperrten Akten können nicht zur Verfügung gestellt werden.

Vom stellvertretenden Direktor des Zentrums zur Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen, Wladimir Korotajew, wurde die Enquete-Kommission darauf hingewiesen, daß dieses Archiv insgesamt etwa 5 Millionen Akteneinheiten umfasse, darunter auch die „Beuteobjekte“ aus dem Zweiten Weltkrieg. Bei letzteren handele es sich u. a. um Materialien zu den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, um Unterlagen verschiede-

ner NS-Reichsministerien, z. B. aus dem Propagandaministerium Goebbels', um Dokumente zu Wirtschaftsangelegenheiten, um NS-Gerichtsurteile, um zahlreiche Nachlässe, z. B. die von Rathenau und Wirth, sowie um Dokumente zu Freimaurerlogen und um Zeitungsarchive. In der Regel seien die Bestände des Archivs heute zugänglich.

Der Leiter des Russischen Zentrums zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte, Prof. Kyrill Anderson, führte aus, daß sich in seinem Archiv u. a. die selbständigen Abteilungen „Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts“, „Geschichte der KPdSU“, „Komintern-Archiv“ sowie eine selbständige Abteilung mit Beständen aus dem ehemaligen Marx-Engels-Museum und umfangreiche Sammlungen politischer Karikaturen und Plakate aus Deutschland und Frankreich befinden. Über Protokolle von Tagungen der SED verfüge man nicht. Die Berichte, die der sowjetische Botschafter Semjonow über seine Teilnahme an Politbürositzungen der SED angefertigt habe, befänden sich im „Präsidentenarchiv“. Sein Archiv verfüge nur über Kurzfassungen von Protokollen der SED-Politbürositzungen. Personalakten und persönliche Dossiers von Komintern-Funktionären seien immer im ZK der KPdSU verblieben und nie seinem Archiv zugeführt worden. Die KPD-Akten aus dem Komintern-Archiv seien in den sechziger Jahren teilweise an das Zentrale Parteiarchiv der SED übergeben worden, teilweise aber auch in Moskau verblieben.

Der Leiter des „Präsidentenarchivs“, Alexander Korotkow, erklärte, daß sich in diesem von Gorbatschow gegründeten Spezialarchiv sehr wichtige Dokumente befänden. Es existiere jetzt eine kleine Kommission, die den Bestand geprüft habe, und es sei der Beschluß gefaßt worden, die historischen Dokumente an die Archive zurückzugeben, aus denen sie entnommen wurden. Das „Präsidentenarchiv“ solle künftig ein reines „Arbeitsarchiv“ für den Präsidenten der Russischen Föderation sein. Die in- und ausländische Öffentlichkeit werde keinen Zugang zu diesem Archiv erhalten, jedoch bestehe für die Forschung die Möglichkeit, über den Russischen Archivdienst an das „Präsidentenarchiv“ Gesuche zur Einsichtnahme in die dort lagernden Dokumente zu richten.

Der Leiter der Historisch-Dokumentarischen Verwaltung im russischen Außenministerium, Igor Lebedew, erklärte grundsätzlich die Bereitschaft, bilaterale Forschungsprojekte kooperativ zu unterstützen. In begründeten Einzelfällen sei das Archiv des russischen Außenministeriums auch bereit, Materialien aus der jüngsten Vergangenheit, z. B. aus den achtziger Jahren, Historikern zur Verfügung zu stellen.

Der Leiter der Archivverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit Rußlands, Generalmajor Anatolij Krajuschkin, erläuterte den Delegationsmitgliedern, daß nach einem Erlaß des Präsidenten vom August 1991 die Akten des KGB – wie die der KPdSU – in staatliche Verwaltung zu überführen seien. Während Akten über Spionage und Spionageabwehr weiterhin separat

aufbewahrt würden, sollen Unterlagen von historischem Belang grundsätzlich deklassifiziert werden. Für diese Aufgabe gebe es eine Kommission, die bereits einiges erreicht habe, speziell hinsichtlich der Akten zur Rehabilitierung von Opfern der stalinistischen Diktatur. Allein im Jahre 1992 seien 600 000 Akten mit 64 Millionen Blatt bearbeitet worden. Es werde jetzt ein öffentlicher Lesesaal eingerichtet, in dem man sich mit Listen des deklassifizierten Materials bekannt machen könne. Grundsätzlich werde jede Benutzeranfrage sorgfältig bearbeitet, und wenn entsprechende Akten vorhanden seien, würden diese auch zur Verfügung gestellt. Akten, die dem Personenschutz unterlägen oder Geheimdienstinformationen enthielten, könnten allerdings nicht freigegeben werden. Unterlagen zur Geschichte der Komintern gebe es in den Beständen des früheren KGB-Archivs nur in wenigen Ausnahmefällen, z. B. bei Strafsachen.

Im Archiv des Generalstabes der Streitkräfte der Russischen Föderation in Podolsk, in dem die Überlieferungen der sowjetischen bzw. russischen Armee von 1941 bis zur Gegenwart aufbewahrt werden, konnte die Enquete-Kommission in Erfahrung bringen, daß sich hier auch Akten der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee befinden. Da es sich jedoch hierbei durchweg um Verschlusssachen handelt, entscheidet der Generalstab in Moskau im Einzelfall über eine eventuelle Freigabe. Generell sind Benutzeranträge ausländischer Forscher für das Militärarchiv in Podolsk immer an den Generalstab in Moskau zu richten. Die Anträge sollen – wie in anderen Archiven auch – das Thema, das Ziel der Arbeit, die Terminvorstellungen usw. enthalten.

Wie die Kommission bei ihren Gesprächen mit Wissenschaftlern und Archivaren in Moskau erfuhr, fehlt es auf russischer Seite zumeist nicht an Bereitschaft zu einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit über die früheren Systemgrenzen hinweg. Die Ursachen für die schwierigen Arbeitsbedingungen ausländischer Archivbenutzer liegen vielmehr oft in den schlechten materiellen und personellen Voraussetzungen der russischen Archive begründet. So konnten beispielsweise die durch den 1991 einsetzenden „Benutzeransturm“ ausgelösten räumlichen Probleme noch nicht gelöst werden; zudem fehlt es an Mitteln für die konservatorische und archivalische Aufarbeitung der Bestände. In vielen Fällen mangelt es auch an dringend notwendigen technischen Geräten, z. B. an Computern für die EDV-gestützte Katalogisierung der Bestände oder an Lesegeräten für mikroverfilmte Unterlagen. Besonders gravierend stellt sich jedoch die Personalsituation der meisten Archive dar. Die derzeitige Inflation belastet nicht nur in extremer Weise die Haushalte der staatlichen Archive, sondern führt auch zu einer immer stärkeren Abwanderung des – verhältnismäßig schlecht bezahlten – wissenschaftlichen und technischen Archivpersonals, so daß dringend notwendige Erschließungsarbeiten nur sehr langsam vorangetrieben werden können und außerdem die

„Kommerzialisierung“ von Archivdienstleistungen und Publikationsrechten immer weitere Kreise zieht. Angesichts dieser schwierigen Situation wäre es wünschenswert, daß sich westliche Archivbenutzer nicht allein auf die schnelle Realisierung einzelner Forschungsvorhaben konzentrieren, sondern zusammen mit russischen Archivaren auf eine generelle – auf das neue Archivgesetz gestützte – Liberalisierung und Demokratisierung des russischen Archivwesens dringen.

Zwei Forschungsaufträge der Enquete-Kommission an deutsche Historiker, die bereits seit längerem in Moskauer Archiven gearbeitet haben, mit den dortigen Arbeitsbedingungen also vertraut waren und sich zudem auf die während der Gespräche seitens russischer Regierungs- und Parlamentsvertreter gegebenen Unterstützungszusagen für die Enquete-Kommission berufen konnten, ließen sich im Anschluß an die Informationsreise leider nicht in der Form realisieren, in der sie ursprünglich konzipiert waren. Teilweise konnten bereits avisierte Einsichtnahmen in bestimmte Bestände doch nicht vorgenommen werden; die in Auftrag gegebenen Kopien von vorgelegten Dokumenten wurden nicht immer auch tatsächlich angefertigt, oder sie trafen nur mit großer Verzögerung zur Auswertung und Bearbeitung beim Besteller ein. Die geplante Dokumentation von Jan Lipinsky über die „Sowjetische Deutschlandplanung während des Zweiten Weltkrieges (1944/1945) und die Anfänge der Besatzungsherrschaft in der SBZ (1945)“ aus den Akten des Staatsarchivs kam infolge dieser Schwierigkeiten leider nicht zustande. Für das zweite Vorhaben, eine Dokumentation der „Rechenschaftsberichte über die Tätigkeit der Vertretungen des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland für den Zeitraum August bis Dezember 1953“ aus den Akten des Archivs für Außenpolitik der Russischen Föderation von Jan Foitzik, mußte der Untersuchungszeitraum nachträglich verändert werden. Insgesamt wurde es jedoch erfolgreich abgeschlossen – nicht zuletzt dank der kooperativen Haltung des Archivs für Außenpolitik der Russischen Föderation [→ Expertise Foitzik].

Auf dem Hintergrund dieser Erfahrungen und in Kenntnis der gegenwärtig schwierigen Lage vieler russischer Archive begrüßt die Enquete-Kommission, daß inzwischen von der Bundesregierung erste Schritte für die – von der Kommission während ihrer Moskau-Reise angeregte – Gründung einer „Gemeinsamen Kommission zur Erforschung der jüngeren deutsch-russischen Geschichte“ unternommen wurden. Nur durch eine langfristige, möglichst hochrangig angesiedelte und institutionell abgesicherte deutsch-russische Zusammenarbeit können die gegenwärtigen Probleme bei der wissenschaftlichen Nutzung der ehemals sowjetischen Archive überwunden werden.

3. *Bedeutung und Wert der DDR-Quellen*

In den Auseinandersetzungen um die Aufarbeitung der DDR-Geschichte spielt die Diskussion über den Umgang mit der schriftlichen Hinterlassenschaft aus 40 Jahren SED-Diktatur eine außerordentlich wichtige Rolle. Das öffentliche Interesse konzentriert sich dabei vor allem auf die Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit bzw. dessen Nachfolgeeinrichtung, das Amt für Nationale Sicherheit der DDR. Auch bei den öffentlichen Anhörungen der Enquete-Kommission kam diese Problematik immer wieder zur Sprache. Sie ist außerdem Gegenstand einer Expertise, die im Auftrag der Kommission von der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit erarbeitet wurde [→ Expertise Engelmann]. Die Materialien des Staatssicherheitsdienstes dürfen jedoch nicht isoliert betrachtet, sondern müssen in Zusammenhang mit anderem Schriftgut, z. B. von Parteien, staatlichen Behörden und gesellschaftlichen Organisationen, ausgewertet werden. Wie die Anhörungen der Enquete-Kommission immer wieder gezeigt haben, sind zweifellos auch Zeitzeugenbefragungen von hohem Wert für das Verständnis der SED-Diktatur. Doch bleibt festzuhalten, daß sie die Auswertung schriftlicher Quellen – wenn auch in vielen Aspekten – nur ergänzen können. Die wichtigste Grundlage für die Erforschung und Aufarbeitung der SBZ/DDR-Geschichte bleibt die Auswertung sämtlicher Archive.

Von zentraler Bedeutung für die Erforschung des Herrschaftssystems in der SBZ/DDR sind die Akten der SED. Der hohe Stellenwert dieser Materialien ergibt sich aus der völligen Durchdringung von Staat und Gesellschaft durch die „Partei der Arbeiterklasse“. Entscheidend für die Beurteilung des Aussagewertes der SED-Akten sind die in der Wissenschaft üblichen quellenkritischen Gesichtspunkte. Die Frage, ob die Akten lügen oder nicht, erledigt sich damit von selbst. Zweifellos ist aber die Perspektive der Herrschenden eine andere als die der Beherrschten. Was ihren Quellenwert angeht, so lassen sich die Akten der SED durch keine andere schriftliche Hinterlassenschaft der DDR ersetzen.

Aus der Perspektive des Herrschaftssystems, insbesondere der Stellung der SED, muß auch die Tätigkeit des MfS/AfNS beurteilt werden. Der Staatssicherheitsdienst war „Schild und Schwert“ der Partei. Die Tätigkeit des MfS/AfNS diente der Erhaltung und Festigung ihrer Macht. Der kaum vorstellbare Umfang der schriftlichen Hinterlassenschaft des MfS von 180 laufenden Kilometern Schriftgut spiegelt in erster Linie das tiefe Mißtrauen der herrschenden Partei gegenüber der Mehrheit der Bevölkerung der DDR wider. Es führte zu einem extensiven, von zunehmender Formalisierung und Bürokratisierung begleiteten Ausbau des Staatssicherheitsdienstes. Der Umfang der Hinterlassenschaft schmälert allerdings den Aussagewert der Unterlagen nicht a priori. Vielmehr geht es darum, die Materialien aus dieser

Perspektive quellenkritisch zu bewerten. Prinzipiell lassen sich die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit in zwei unterschiedliche Kategorien einteilen, wobei in einigen Bereichen die Übergänge fließend sind: Einerseits gibt es „Personenakten“, in denen sich auch die heftig umstrittenen Berichte der „Inoffiziellen Mitarbeiter“ befinden; den weitaus größeren Teil allerdings bilden „Sachakten“, zu denen beispielsweise die Informationsberichte an die Mitglieder des Politbüros gehören. Unbestritten sind die Sachakten die wichtigeren Quellen für die Erforschung der SED-Diktatur. Aber auch die Auswertung von Personenakten muß – unter Beachtung der dafür geltenden gesetzlichen Bestimmungen – für die Forschung möglich sein. Nur durch eine intensive, sachkundige Erforschung des Problemkomplexes „Staatssicherheitsdienst“ kann einer politischen Instrumentalisierung, von welcher Seite auch immer, entgegengewirkt werden.

Unter dem Gesichtspunkt einer sachgerechten Erforschung der außenpolitischen und innerdeutschen Beziehungen der DDR ist es erforderlich, auch die Akten des DDR-Außenministeriums, die sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes befinden und bisher für die wissenschaftliche Nutzung nicht zur Verfügung standen, zugänglich zu machen. Die Enquete-Kommission begrüßt daher die Mitteilung des Bundesministers des Auswärtigen vom 19. Mai 1994, in der es heißt: „Das mit Herstellung der deutschen Einheit vom Auswärtigen Amt übernommene Archiv des ehemaligen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA) in Berlin ist nach umfangreichen archivischen Vorarbeiten zugänglich geworden. Gleichwohl bestehen noch organisatorische Probleme, um deren Abhilfe das Auswärtige Amt bemüht ist. Die Benutzung der Akten wird durch die Bestimmungen des Gesetzes über die Sicherung und Nutzung von Archivgut des Bundes (Bundesarchivgesetz – BArchG) vom 6. 1. 1988, BGBl. I, S. 62, geregelt. Danach ist jedermann auf Antrag die Benutzung von Archivgut des Bundes nach Ablauf von 30 Jahren möglich. Der Zugang zu solchen Akten, die der Sperrfrist unterliegen, wird der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ gemäß den Bestimmungen des § 80 GGO I gewährt, da ihr Forschungsvorhaben einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der jüngeren Vergangenheit Deutschlands leistet.“

Eine umfassende Aufarbeitung des innerdeutschen Verhältnisses und der Deutschlandpolitik beider deutscher Staaten wird im übrigen nur in dem Maße möglich sein, in dem zu den betreffenden DDR-Akten entsprechende Gegenüberlieferungen aus den Akten des Bundes und – darüber hinaus – aus den Akten der auswärtigen Politik der vier alliierten Mächte in die Forschungen einbezogen werden können. Die grundsätzliche Bedeutung der SED-Überlieferung für die historische Erforschung der SED-Diktatur bleibt von dieser Feststellung unberührt.

Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD, des Mitglieds der Gruppe

Bündnis 90/Die Grünen sowie der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Mitter und Weber zu den beiden vorstehenden Abschnitten:

„Die außenpolitischen Gegenheiten und die innerdeutschen Beziehungen sind ein weiterer wichtiger Bereich bei der Erforschung der SBZ/DDR-Geschichte. Die derzeit heftigen, häufig parteipolitisch geprägten Diskussionen über die Beziehungen zwischen ost- und westdeutschen Politikern werden heute in der Regel allein auf der Grundlage von Materialien aus den Beständen des SED-Archivs geführt. Genau wie die vom Bundesarchiv verwalteten Akten der anderen zentralen staatlichen Behörden der DDR, auf die in der Regel die 30-Jahre-Sperrfrist nicht angewandt wird, müssen deshalb auch die heute vom Auswärtigen Amt verwalteten Akten des ehemaligen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) der DDR der Forschung zur Verfügung gestellt werden.

Eine wirklich sachliche, quellenkritische Aufarbeitung des innerdeutschen Verhältnisses wird aber erst dann möglich sein, wenn für die relevanten Bestände von staatlichen Institutionen, Parteien und Organisationen in den alten Bundesländern die gleichen Bestimmungen gelten wie für die DDR-Akten. Nur so wird eine kritische Überprüfung der DDR-Überlieferung an der westlichen Gegenüberlieferung möglich sein.“

Die außenpolitischen Gegebenheiten der DDR waren vor allem durch ihre feste Einbindung in das Sowjetimperium geprägt. Das Verhältnis und der Abhängigkeitsgrad zwischen Moskau und Ost-Berlin lassen sich nur mit Hilfe sowjetischer Akten klären. Die verstärkte Heranziehung von sowjetischen Archivalien ist daher für eine wissenschaftlichen Kriterien entsprechende Diskussion über die Geschichte der SBZ/DDR unbedingt erforderlich.

Nur durch die Auswertung möglichst vieler Quellen unterschiedlicher Provenienz wird sich letztlich ein klares Bild der SED-Diktatur ergeben. Im Interesse einer wissenschaftlich fundierten, politisch-moralisch dringend gebotenen Aufarbeitung von Geschichte und Folgen dieser Diktatur muß deshalb die Öffnung sämtlicher relevanter Archive gefordert werden.

4. *Handlungsempfehlungen:*

- Die noch ausstehenden Landesarchivgesetze sollten sobald als möglich verabschiedet werden.
- Geltende rechtliche Regelungen sollten auch dort, wo dies bisher nicht der Fall ist, durchgängig zur Anwendung gebracht werden (z. B. durch den Erlaß von Rechtsverordnungen zur Nutzung der Archive).
- Die Akten des ehemaligen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR sollten für die Forschung zugänglich sein.
- Im Interesse einer fundierten Aufarbeitung der SED-Diktatur sollte dort,

wo die Aktenlage es erfordert, von Fall zu Fall geprüft werden, ob auch für die Bestände westlicher Archive eine vorzeitige Aufhebung der 30-Jahre-Sperrfrist möglich ist. Schon jetzt droht sich eine bedenkliche „Asymmetrie“ der Forschung zu verfestigen.

Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD, des Mitglieds der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen sowie der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Mitter und Weber zu vorstehender Handlungsempfehlung:

„Im Interesse einer fundierten Aufarbeitung der SED-Diktatur sollte dort, wo die Aktenlage es erfordert, geprüft werden, ob auch für die Bestände westlicher Archive eine vorzeitige Aufhebung der 30-Jahre-Sperrfrist möglich ist. Schon jetzt droht sich eine bedenkliche „Asymmetrie“ der Forschung zu verfestigen.“

- Die zügige Erschließung der Archivalien muß durch die finanzielle und personelle Absicherung der Archive gewährleistet werden.
- Die Suche nach „vagabundierenden Akten“ sollte intensiv fortgesetzt werden.
- Die schriftlichen Überlieferungen von Betrieben und Kombinatn der DDR sollten an die jeweils zuständigen öffentlichen Archive übergeben werden.
- Die gegenwärtigen, teils noch erheblichen räumlichen, finanziellen, personellen und technischen Probleme früherer DDR-Archive, vor allem auf lokaler Ebene, müssen behoben werden. Hierzu zählen insbesondere auch die aus der Bürgerbewegung hervorgegangenen und heute oftmals allein vom ehrenamtlichen Engagement der Beteiligten getragenen Archive.
- Die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der Russischen Föderation und den anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion sowie insbesondere auch mit den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten bei der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit sollte intensiv gefördert werden.
- Außer dem Verbleib sollte auch die Möglichkeit des Zugangs zu den Akten internationaler Organisationen, in denen die DDR Mitglied war, speziell des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe und des Warschauer Paktes, sowie generell zu Akten, die die internationale Koordination der Politik der kommunistischen Staaten und Parteien betreffen, geklärt werden.

D. *Sondervotum des Mitglieds Gruppe PDS/LL Abg. Dr. Dietmar Keller zu dem vorliegenden Bericht*

„Zum ersten Mal seit 1969, dem Jahr, als mit der „Kleinen Parlamentsreform“ die Enquete-Kommission in die Geschäftsordnung des Deutschen Bundes-